

Die Potemkin-Schule

Autor(en): **Catani, Reto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341836>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Potemkin-Schule

Meine These ist, dass die Volksschule in den 80er-Jahren zum Stiefkind unseres Bildungssystems wurde. Es begann mit einem Investitionsstopp in Schulanlagen vom Kindergarten bis in die Oberstufe der

Reto Catani

Volksschule, dann folgte ein Abbau der Investitionstätigkeit in Schulzimmermobiliar, moderne Medien und Unterrichtsmittel. Die Kosten für die Weiterbildung der Lehrkräfte wurden in den neunziger Jahren gesenkt, und zurzeit wird auch die Grundausbildung der Lehrkräfte verbilligt, sodass heute diese Kosten im Vergleich zu qualifizierten Berufsleuten in Wirtschaft und Verwaltung geradezu tief sind. Den Preis dieser Entwicklung zahlen insbesondere die leistungsschwächeren Kinder, weil nämlich parallel dazu ein eigentlicher Umlagerungsprozess «von unten nach oben» stattgefunden hat: Im Berufsbildungsbereich, im Mittelschulbereich, insbesondere auf den Sekundarstufen II und der Tertiärstufe, investieren Bund und Kantone viel Geld, das sie dann teilweise den leistungsschwächeren Kindern entziehen. Der Bund kürzt die Mittel für den Spezialunterricht, Kantone heben die kleinen Spezialklassen für Leistungsschwächere auf, kleine Landschulen in Randgebieten werden geschlossen. Die Rechnung für diese Entwicklung wurde uns anhand der PISA-Studie präsentiert: Nur in Deutschland hat die soziale Herkunft der Kinder einen fast so hohen Effekt auf das Können der Kinder am Ende

der obligatorischen Schulzeit wie in der Schweiz. Im Vergleich zur EU ist damit die Chancengleichheit und die Integrationsfähigkeit der schweizerischen Volksschule am kleinsten.

Umverteilung der Bildungsinvestitionen

Ich bin der Meinung, dass sich die Linke wieder vermehrt mit den Bildungsdefiziten des leistungsschwächsten Viertels unserer Kinder beschäftigen sollte. Der zunehmende funktionale Analphabetismus, der Umgang mit der unsicheren Berufsperspektive, die meist die Leistungsschwächeren am stärksten trifft, und die in Volksschulen sichtbare Überforderung der Leistungsschwächeren im Zusammenhang mit den Computertechnologien kann uns nicht gleichgültig sein. Die im Folgenden zitierten Beispiele fassen auf Erfahrungen aus dem Berner Oberland, einer ländlichen Region, die seit Jahren unter zum Teil extremen finanziellen Problemen leidet, und der Stadt Bern, die ihren Schuldenberg auch zu Lasten der Schulkinder abträgt: Bei allen Beispielen standen Schulkollegien und -kommissionen auf Seiten der Kinder, sie konnten aber die Missstände letzten Endes nur mildern, nicht wirklich beseitigen. Diese bernischen Beispiele sind aber auch ein Warnzeichen für Trends, die in der schweizerischen Bildungspolitik auch in finanzstärkeren Kantonen überhand nehmen: Man sieht sich einem zuneh-

menden internationalen Wirtschaftswettbewerb ausgesetzt, dem man nur mit mehr Bildung für leistungsstarke Kinder begegnen will. Gerade die leistungsstärkeren Kinder sind aber die Hauptgewinner der Bildungspolitik der vergangenen 30 Jahre; dies zeigen verschiedene Vergleichsstudien. Denken wir nur an die internationalen Preise, die unsere Lehrlinge und Lehrtöchter jedes Jahr in Vergleichswettbewerben, auch gegen asiatische Konkurrenz, gewinnen! Hingegen sind es die leistungsschwachen Kinder, die das schweizerische Bildungssystem weniger fördert als das Bildungssystem der europäischen Konkurrenten. Bei dieser Gruppe sind Investitionen kaum ein Thema. Für ein Land, das im Vergleich wenig unqualifizierte Arbeitsplätze anbietet, ist das ein Problem.

Der Stillstand und die Umverteilung der Bildungsinvestitionen im Volksschulbereich hat viele Gesichter, alle leisten ihren Beitrag zur Belastung des Lernklimas in unseren Volksschulen und zur sinkenden Leistung bei den Schwächsten. Aggressionen und falsche Stressbewältigungsstrategien sind nur ein Preis dieser Entwicklung, auch wenn diese Phänomene selbstverständlich nicht monokausal sind. Im politischen Diskurs werden Wirkungen mangelnder Bildungsinvestition verdrängt und privatisiert: Es ist dann eher von einer aggressiven Jugend die Rede statt von Frustration beim Finden einer qualifizierten Berufslehrstelle.

Alltagstechnik von 1930

Ein kleiner Rundgang durch die Schulummosphäre aus der Kinderzeit unserer Grosselterngeneration gefällig? Kein Problem, man muss bloss ein grosses Schulhaus für die Volksschulstufe in der Stadt Bern besuchen, um auf Alltagstechnik zu stossen, die um 1930 modern war: Bakelitisolatoren und -lichtschalter, Schaukästen mit Metallschildern aus Gross-

mutters Zeiten, Toilettenanlagen, die noch ohne Klodeckel auskommen. Das Einzige, was in der Eingangshalle dieses Schulhauses jüngeren Datums ist, sind die Glühlampen – und die Graffiti. Vandalismus, das weiss man aus wissenschaftlichen Untersuchungen, wird vorwiegend an schlecht unterhaltenen öffentlichen Gebäuden und Gegenständen verübt. Insofern sind Schulen dankbare Opfer: Ein Schulhaus einer grösseren Thunerseegemeinde war beispielsweise immer wieder von Sachbeschädigungen betroffen, und man mutmasste, dass dies mit der sozialen Schichtung der Kinder in diesem Wohngebiet zu tun habe. Schulkommission und Lehrerschaft versuchten, mit pädagogischen Massnahmen dem Vandalismus Herr zu werden. Dann wurde das Schulhaus gründlich renoviert, und siehe da: Die Sachbeschädigungen verschwanden. – Viele Schulanlagen in der Schweiz wurden seit Jahrzehnten nicht mehr renoviert, architektonisch modernisiert oder vergrössert. Es mussten sogar Eltern zur Selbsthilfe greifen: Mit Pinsel und Farbroller malten sie an Samstagen Korridore und Türen ihrer Volksschule, um das Innere farblich aufzufrischen, während heute wenige hundert Meter daneben die neue Wankdorfarena entsteht. Dieses Beispiel steht für eine schweizweite Verlagerung der öffentlichen Investitionstätigkeit. In den fünfziger Jahren investierten Kantone und Gemeinden in neuen Schulraum. Man bemühte sich, der Fabrikarchitektur der Vorkriegsschulkasernen kindergerechtere Gebäude anzufügen, die die Lernatmosphäre positiv beeinflussen. Irgendwann in den späten 70er-Jahren hörte diese Investitionstätigkeit auf. Während wir seither durch Umbauten, Renovationen und Ergänzungsbauten für Museen, Kulturhäuser, Bahnhöfe und Sportarenen öffentliche Gelder sprechen, stellt man heute bei wachsendem Schulraumbedarf einen Schulraumcontainer auf. Eine Thuner Baufirma hat dazu günstige Angebote, die in Tschechien vorproduziert werden.

In den späten

70er-Jahren

hörten bauliche

Investitionen in der

Volksschule auf.

Vernachlässigte Infrastruktur und sozialer Stress

Bei Kindern aus ärmeren Familien steht zu Hause kein Computer.

Das durchschnittliche bürgerliche Wohnzimmer einer Schweizer Familie hat sich innert 50 Jahren auf eine Fläche von über 30 Quadratmeter verdoppelt, dafür sanken die vorgeschriebenen Schulraumgrössen unter 60 Quadratmeter. Eine Oberstufenklasse im unteren Simmental wurde in einem Schulzimmer mit weniger als 50 Quadratmetern Bodenfläche unterrichtet; die Jugendlichen entwickelten entsprechend sozialen Stress, es gab wüste Schlägereien. Die Schulkommission verteidigte die räumlichen Zustände damit, dass der Kanton die Flächenvorschriften aufgehoben habe. In kleine Räume gehen auch nur kleine Schülerpulte. Sie sind heute noch gleich gross wie vor 80 Jahren. Die Arbeitsfläche für einen Neuntklässler mit 1,80 Meter Körpergrösse ist nach wie vor 70 Zentimeter breit: Darauf sollen dann Bundesordner, Lehrmittel und Schreibmaterialien Platz finden! Kein Wunder, wirkt Schulraum auf Kinder heute häufig beengend, abweisend und verursacht bei Jugendlichen, die in viel zu kleinen Pulten herumhängen, unbewusst Frustration, Stress und Aggressionen.

Die Schule ist in den Kinderjahren die wichtigste Infrastruktur, die ein Staat seiner nachwachsenden Generation obligatorisch verordnet. Man muss sich deshalb nicht wundern, wenn einige dieser Jugendlichen auf diese vernachlässigte Infrastruktur mit Lieblosigkeit reagieren, vandalieren und vermehrt stehlen. Dieses Verhalten wird dann später leicht auf anderen öffentlichen Raum, dessen Gebäude und Infrastrukturen übertragen.

Bauliche Anpassungen der Schulgebäude an zukunftsweisende Lernformen sind zurzeit ausser Reichweite politischer Diskussionen, wären aber in grossem Masse nötig. In Ausbildungsinfrastrukturen wurde natürlich schon investiert, nämlich dort,

wo die Wirtschaft direkt interessiert ist, in die der Arbeitswelt vorgelagerten Bildungsinstitutionen, vorab in Berufs- und Hochschulen.

«Schulen ans Netz»: Schweiz – Finnland 0:1

Mit politisch motivierten Bildungslügen gaukeln wir uns eine moderne Schule vor, die einer differenzierten Betrachtung der Schulrealität keineswegs standhält. Ein gutes Beispiel dafür ist der Slogan «Schulen ans Netz». Letztes Jahr führte ich im Emmental einen Fortbildungskurs in einem Primarschulhaus durch. Im ganzen Gebäude ein einziger PC, keine Videoanlage, kein Diaprojektor – und das in einer Gemeinde mit relativ tiefem Steuerfuss. Im Kanton Bern sind die Schulzimmer der Volksschule ab der Mittelstufe mit einem, vielleicht zwei im Durchschnitt etwa 5 Jahre alten Computern ausgestattet (aber meist ohne Internetanschluss). Auf der Oberstufe gibts dann einen Informatikraum. Diese Infrastruktur und die angebotene Ausbildung mögen genügen, wenn Vater oder Mutter der Kinder am Arbeitsplatz selber einen modernen PC mit Internetanschluss zur Verfügung haben: Meist steht dann früher oder später ein PC zu Hause und die Kinder können ihre Internetkenntnisse umsetzen und nach Lust und Laune surfen. Das ist gut so, nur vergessen wir leicht, dass das für die Familien mit tieferem Einkommen nicht ausreicht: Kinder aus ärmeren Familien können nur in der Schule ihre Informatikkenntnisse umsetzen, üben und vertiefen, denn zu Hause steht kein Computer. Diese Eltern können, weil sie weniger qualifizierte Berufstätigkeiten ausüben, kaum betriebsinterne Informatikkurse besuchen. Um solche Chancenungleichheiten zu verkleinern, hat man in Finnland die Anzahl und das Durchschnittsalter von Computern in Volksschulen genau festgelegt. Zwischen 1995 und 2000 musste

für alle Schulstufen pro sechs Kinder ein PC installiert werden, der bis zum Ersatz höchstens fünf Jahre alt sein durfte. In jeder Schule haben alle Kinder eine eigene E-Mail-Adresse und auch in der Freizeit einen Zugang zum Internet. Solche Investitionen bleiben nicht ohne Wirkung: Die finnischen Kinder sind bezüglich ihrer schulischen Leistungen in Europa Spitze. Bildung kostet, sie muss aber, zumindest aus linker Perspektive, auch bildungsferneren Schichten zukommen: In Finnland ist mir letzten Sommer beispielsweise auch aufgefallen, wie gut die jungen Erwachsenen englisch sprechen können, und zwar auch diejenigen, die unqualifiziertere Arbeiten verrichten. Der Grund für diese guten Fremdsprachenfertigkeiten liegt darin, dass die Jugendlichen Sprachlaborunterricht absolvieren: Jedes Kind lernt die Sprache hören und übt sie selber. Wirksamer Fremdsprachenunterricht kommt ohne solche Investitionen nicht aus, wenn alle profitieren sollen – also auch diejenigen, die keine Eltern haben, die in der Lage sind, die entsprechende Fremdsprache beim Aufgaben machen vorsprechen zu können.

Aus- und Weiterbildung auf Sparflamme

Längstens haben die Kantone aufgehört, eigene Lehrmittel im grossen Stil zu entwickeln. Die Finanznot hat im Kanton Bern beispielsweise bewirkt, dass ein Mathematiklehrgang eingeführt wurde, der in Deutschland entwickelt wurde. Auch Sprachlehrmittel sind heute interkantonale Produkte; im Lehrmittelbereich konnten damit wichtige Fortschritte auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen gemacht werden. Ein grosses Problem ist aber die sinkende Finanzierung der Weiterbildung der Lehrkräfte, die diese Unterrichtsmittel dann einsetzen. Der Kanton Bern verordnet den Lehrpersonen 90 Stunden Fortbildung jährlich. Einen

grossen Teil davon absolvieren die Lehrpersonen im Selbststudium oder sie organisieren sich im Kollegium. Für eine Weiterbildungsveranstaltung eines Schulhauses mit einer Fachperson mit Universitätsabschluss zahlt der Kanton Bern gerade mal ein Tageshonorar von 960 Franken, also weniger als den halben Betrag, den die Wirtschaft heute dafür aufwendet. Heute kommt der Kanton Bern auf Weiterbildungskosten pro Vollzeitstelle im Volksschulbereich von weniger als 900 Franken pro Jahr und Lehrperson. Ein durchschnittlicher Dienstleistungsbetrieb in der Schweiz investiert mindestens das Doppelte in die Weiterbildung des höher qualifizierten Personals. Aufgrund dieser knappen Ressourcen bilden sich im Kanton Bern die Lehrpersonen deshalb meist gegenseitig weiter. Eine Kursleiterin mit akademischem Abschluss, wie sie die Lehrkräfte in der Grundausbildung hatten, können sie gar nicht bezahlen. Die Weiterbildungskosten, die die flächendeckende Einführung von Englischunterricht ab dem dritten oder vierten Schuljahr kosten würde, kann man sich in Bern aufgrund des hohen Weiterbildungsbedarfs des Lehrkörpers gar nicht leisten.

Eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauende Weiterbildung in pädagogischen Fragen wäre in der momentanen, für Jugendliche so schwer abschätzbaren Berufszukunft wichtig. Professionelles Wissen zu Themen wie Sucht, Gewalt in der Schule, Jugendarbeitslosigkeit oder zu Werte- und Normenfragen kann man nicht einmalig in den sechziger oder siebziger Jahren in der Grundausbildung erwerben und dann nie mehr professionell aktualisiert reflektieren. Das beste Beispiel dafür liefert die aktuelle Cannabisk Diskussion: Heute dient dieses Rauschmittel den Jugendlichen vorwiegend zur Bewältigung des Alltagsstresses. Es hat die gleiche Funktion wie Alkohol oder Zigaretten. Mit den Suchtpräventionsideen aus den sieb-

Die Wirtschaft investiert mehr als das Doppelte in Weiterbildung wie der Staat bei den Lehrkräften.

ziger Jahren kommt man da nicht mehr weit. Weil pädagogisch schwierige Aufgaben die Lehrpersonen zunehmend überfordern, werden diese einfach an Spezialisten ausgelagert; die Kosten tragen dann IV (Legasthenieunterricht) oder das Gesundheitswesen (Schulsozialarbeit) und die Lehrpersonen sind dann nur noch Unterrichtssachverständige, statt Unterrichtsprofis und Pädagoginnen und Pädagogen.

Bezüglich der Volksschule spiegeln wir uns «potemkinsche Dörfer» vor.

Gespart wird neuerdings auch an der Grundausbildung der Lehrpersonen. So hat der Kanton Bern deren Umstrukturierung zu einer radikalen Sparübung genutzt, insbesondere bei den Volksschullehrkräften. Mit rund 60'000 Franken für die dreijährige nachmaturitäre Ausbildung gibt man inskünftig rund 15'000 Franken weniger aus, als eine grosse Dienstleistungsfirma in die Einführungsphase eines Betriebswirtes mit Universitätsabschluss zu investieren bereit ist, notabene nach der Lizenzsausbildung an der Hochschule!

Fürst Potemkins helvetische Schulkulissen

Im Lexikon kann die Legende von Fürst Potemkin nachgelesen werden, der in der ländlichen Krim Kulissen von Dörfern aufstellen liess, damit Katharina II., die diese Dörfer von der Kutsche aus in der Ferne sah, meinte, die wirtschaftliche Entwicklung der Region sei gelungen.

Bezüglich des Zustands unserer Volksschule spiegeln wir uns solche «potemkinsche Dörfer» vor: Mit Forderungen nach Basisstufen, Frühenglisch, Tageschulen, «Schulen ans Netz» gaukeln wir dem Volk vor, in der Volksschule würde tatsächlich Geld investiert, um die wachsenden Bedürfnisse der Mittelschicht befriedigen zu können. In Tat und Wahrheit passiert aber wenig, über Pionierprojekte hinaus kommt man kaum, weil die flächendeckende Umsetzung zu teuer ist.

Zusätzlich erfolgt ein Umlagerungsprozess von «unten nach oben», zu dem Pierre Bourdieu in den frühen 80er-Jahren festgehalten hat, dass die politisch von links bis rechts geforderten Bildungsinvestitionen als «kulturelles Kapital» nicht allen, sondern vorwiegend den mittleren und oberen Schichten zugute kommen.¹ Seine These ist für die Schweiz aufgegangen, die Bildungsdifferenzen sind heute am Ende der Volksschule gross. Und die bürgerliche Sparhysterie hat diesen Prozess eindeutig beschleunigt.

¹ Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983. S. 183–198.

Reto Catani, Jg. 1956, lebt in Oberdiessbach (BE), war Ausbildner am Lehrerseminar Spiez und ist heute Dozent an der Fachhochschule Zentralschweiz in Luzern.